

## Protokoll der Betroffenenrats-Sitzung Lehrter Straße vom 4.7.2006

Anwesend: S. Born, M. Hauke, W. Schröter, S. Torka; G. Sperr (Billige Prachtstraße), Lena Jastram (Naturbadinitiative), S. Szamkiewicz (Kulturfabrik), Annette Mangold (SenStadt, 9025-1332), Christian Rau (BA Mitte, Umwelt+Natur, 2009 4 5736), P. Hausdorf (6128 0088) u. Eckhard E. Lange (443 50970, AGU Landschaftsarchitekten); S. Oellirch, M. Ahrweiler, K. Levy, M. Mayr, G. Leisten, J. Schwenzel, A. Szagun, L. Sperr, J. Mathes, A. Möbus-Lauchhane (Gäste, bzw. Anwohner),  
entschuldigt: H. Fischer, U. Peters, M. Raasch, R. Eismann,

- TOPs:
- 1) Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung
  - 2) Döberitzer Verbindungsweg
  - 3) Freiraumkonzept Lehrter Straße und Heidestraße
  - 4) Einbeziehung des Schleicherfabrikgeländes in den Stadtumbau West  
es kommen zur Sitzung: Christian Rau (Bezirksamt Mitte, Amt für Umwelt und Natur), Annett Mangold (Senatsverwaltung für Stadtentwicklung), Eckehard Lange (Gutachter)
  - 5) Verschiedenes
  - 6) Festlegung der Themen für die nächste Betroffenenratssitzung

### TOP 1) Verabschiedung des Protokolls der letzten Sitzung

Das Protokoll der Juni-Sitzung wird unverändert verabschiedet.

### TOP 2) Döberitzer Verbindungsweg

A. Mangold berichtet, dass der "Döberitzer Verbindungsweg" bzw. "Döberitzer Park" eine **1995 planfestgestellte Ausgleichs- und Ersatzmaßnahme** ist im Rahmen der Verkehrsanlagen im Zentralen Bereich **für die "Tieferlegung der B 96"** (deshalb ist der Vorhabenträger das Land Berlin). Bisher standen die Flächen wegen der Bahnhofs- und Tunnelbaustelle bzw. Baustelleneinrichtungen nicht zur Verfügung. Die Fläche gehört nicht dem Land Berlin. Sie muss angekauft werden und deshalb ist jetzt eine konkrete Planung notwendig. **Die Mittel stehen ab 2008 zur Verfügung.**

Für Freitag, 7.7.06 ist eine "**Starterrunde**" in der Senatsverwaltung zum Thema angesetzt, zu der die verschiedenen Abteilungen des Senats und des Bezirks, sowie Grundstückseigentümer und Betroffenenrat Lehrter Straße eingeladen sind. *Nachtrag*: W. Schröter, A. Szagun und S. Torka haben an der Sitzung teilgenommen, L. Jastram war verhindert.

A. Mangold berichtet weiter, **dass im Rahmen des Stadtumbau West (SUW) überprüft** werden soll, **was** beim "Döberitzer Verbindungsweg" **machbar ist**, denn der Rettungsplatz liegt mitten im Weg und der Verkehr auf der Minna-Cauer-Straße verhindert, dass ein ruhiger Park entstehen kann. Den "Döberitzer Verbindungsweg" sehen die Planer von Bezirk und Senat nicht nur als die kurze planfestgestellte Ersatzmaßnahme, sondern im **Zusammenhang** einer größeren Freiraumstruktur, der **Wegeverbindung von der Turmstraße bis nach Mitte**, bzw. zum Spandauer Schifffahrtskanal. (s. TOP 3)

Eine **Arbeitsgemeinschaft aus 3 Landschaftsplanungsbüros wurde beauftragt**, ein Freiraumstrukturkonzept zu erarbeiten, darin ist auch der Auftrag enthalten eine grund-

stücksscharfe Planung für die "Döberitzer Verbindung" (1:1.000) zu erstellen als Konkretisierung der Ersatzmaßnahme oder evtl. als Vorschlag zur Planänderung (wenn Flächen als Grün aufgegeben werden).

Der **Betroffenenrat** stellt die von **Andreas Szagun gezeichnete Planung für den „Döberitzer Grünzug“** vor und übergibt sie Bezirk und Senat: Boltzplatz oder Sport zur Minna-Cauer-Straße hin. Hinter den Häusern als Abgrenzung zur Bahn einen **Wall mit Bepflanzung** (als Lärmschutz) und Weg; geschlängelte Fußwege, geradlinigere befestigte Wege für Fahrrad und Skater, deren Belag auch für Rettungsfahrzeuge geeignet ist; Anbindung des grünen Grundstücks Lehrter Straße 12-15; Aussichtspunkt über der Bahntrasse mit Spielflächen für Kinder. Rassengittersteine auf dem Rettungsplatz (Das Konzept ist im Laden einsehbar).

Außerdem werden die bei der Juni-Sitzung gesammelten Stichpunkte (s. Juni-Protokoll) zur Planung vorgestellt.

### **TOP 3) Freiraumkonzept Lehrter Straße und Heidestraße**

Dieser Punkt ist eigentlich nicht zu trennen von TOP 2), ich versuche es hier dennoch für die bessere Strukturierung. Während der Sitzung wurden alle drei Punkte zusammen diskutiert.

Ende Mai wurde entschieden, welche Landschaftsplanungsbüros (s. TOP 2) beauftragt wurden, das Freiraumstrukturkonzept Hamburg-Lehrter Containerbahnhof und für die Anbindung(en) entlang der Bahntrasse und des Spandauer Schiffahrtskanals zu erarbeiten. Gleichzeitig enthält der Auftrag die Überprüfung der im Stadtumbau West (SUW) vorgeschlagenen Freiraumprojekte (Sportflächen). Sie sollen konkretisiert und vorangetrieben werden. Auch die Bürgerbeteiligung ist Teil des Auftrags und findet durch die Beteiligung an dieser Betroffenenratssitzung statt. Einzelheiten orientieren sich an den Plänen zum SUW, s. unten **unter Diskussion**.

Bei der Standortkonferenz zur Heidestraße am 5.7.06 wird es um die Entwicklung des gesamten Geländes, das hinter dem Hamburger Bahnhof liegt gehen. (ein Stichpunkt-Protokoll der Standortkonferenz ist in Arbeit)

### **TOP 4) Einbeziehung des Schleicherfabrikgeländes in den Stadtumbau West**

S. Torka berichtet, dass sie im Vorfeld mit Frau Mangold über das Gelände der Schleicherfabrik gesprochen hat, das bisher in den Planungen nicht aufgetaucht ist, jedoch bei den Einwendungen zum SUW angesprochen wurde und die Einbeziehung des Geländes gewünscht wird. Frau Mangold hatte erklärt das Gelände nicht zu kennen, da es bei den Diskussionen um SUW bisher nie aufgetaucht ist. Sie hatte gesagt, dass der Bezirk die Einbeziehung dieses Geländes in den SUW vorantreiben müsse, denn **nur der Bezirk könne es nutzungsrechtlich sichern**.

S. Torka berichtet, dass laut Aussage von Herrn Biedermann (SGA) ein **Bodenaustausch** auf den Gelände der Schleicherfabrik **ca. 400.000 Euro** kosten würde.

**Christan Rau stellt die Position des Bezirks** vor: **der will wegen Altlasten das Grundstück nicht anfassen**. Außerdem liegt die Verantwortung jetzt beim Liegenschaftsfond. Er hält es für sinnvoll, dass das Land Berlin durch den Liegenschaftsfond die Möglichkeit hat, sich von Flächen zu trennen, die es nicht bewältigen kann. Solange das

Grundstück nicht angefasst wird, können die Stoffe im Boden verbleiben (da sie nicht ins Grundwasser ausgewaschen werden).

### **Diskussion zu den TOPs 2) - 4)**

Auf Nachfrage wird bestätigt: der Weg an der Lehrter St. 6-8 bleibt eine Feuerwehrezufahrt.

#### **Erhaltung der Kleingärten**

Hierzu gibt es vom Betroffenenrat und den Anwohnern die konkrete Position, dass **alle Kleingärten erhalten werden sollen**.

**Frau Mangold** ist bisher davon ausgegangen, dass die Kleingärten, die auf öffentlichem Straßenland (vor der Mauer - hin zu den Häusern Lehrter Str. 6-8) liegen, nur geduldet sind und für eine **großzügige Durchwegung** aufgegeben werden sollten.

**Herr Rau** kennt die genaue Formulierung der Verträge nicht, wird sich aber erkundigen. Anwohner berichten, dass die Kleingärtner, die Aufforderung bekommen haben, ihre Zäune freizuräumen, da **der Bezirk einen neuen Zaun** setzten will.

*Nachtrag:* Zu diesem Thema wird am 7.7.06 (bei der sog. Starterrunde) festgestellt, dass **alle Kleingärten jetzt als Dauerkleingärten festgelegt** wurden.

Auf Nachfrage berichtet Frau Mangold, dass es die Möglichkeit **gibt freie Grundstücke als Mietergärten** zu nutzen, allerdings ist es nicht denkbar, dass das Land Berlin die Fläche übernimmt und einzeln verpachtet, sondern es **müsste eine Trägerschaft gefunden werden**, evtl. Verein oder Genossenschaft.

Ob dies auch eine mögliche Nutzung des Geländes der Schleicherfabrik ist, verneint Herr Rau.

**Die Frage nach der Zeitplanung** beantwortet Frau Mangold so: die Mittel stehen ab 2008 zur Verfügung, Flächenankauf ist nötig, Verhandlungen mit den Grundstücksbesitzern, evtl. eine Planänderung.

Auf Nachfrage, wie realistisch der **grüne Weg hinter den Häusern der Lehrter Straße** an der Bahntrasse ist, antwortet Herr Rau: der Grünzug war schon in den angefangenen Landschaftsplänen (L-Pläne) angedacht und es gibt ein öffentliches Wegerecht. Für welche Häuser dieses Wegerecht existiert ist allerdings nicht klar. Ganz sicher bei den Neubauten (Lehrter 36-44), ob auch bei der Lehrter Straße 35 und weiteren Grundstücken will er klären.

Auf Nachfrage stellt Frau Mangold fest, dass sie eine **Querung der Bahn in Ost-West-Richtung in Höhe Poststadioneingang** nach dem Bau des Overfly für nicht mehr möglich hält.

Die Frage, wie groß die Fläche ist, die für die Ausgleichsmaßnahme angekauft werden muss, bleibt unbeantwortet.

Außerdem stellt sich die Frage, wie es möglich ist die Ausgleichs- bzw. Ersatzmaßnahme aus Mitteln des SUW zu konkretisieren, da Bau von Sportflächen z.B. nicht als Ersatzmaßnahme im Sinne des Naturschutzgesetzes gilt.

**Starke Kritik** gibt es von Seiten der Anwohner **am Umgang des Bezirks mit der Fläche der ehemaligen Schleicherfabrik**: hier wird konkret die Frage gestellt, warum nicht Förder-

programme für die Entsorgung der Altlasten herangezogen werden und auf der anderen Seite der Bezirk Mittel aus dem UEP-Programm nicht abrufen, bzw. zurückgibt.

Eine Anwohnerin fragt nach der **Pflege des neuen Parks**. Sie stellt mit Bedauern fest, dass z.B. im neuen Spreebogenpark die Rasenflächen vertrocknen und auch einige der neugepflanzten Bäume auf der Ulmeninsel eingegangen sind. Neupflanzungen machen nur da Sinn, wo sie hinterher auch gepflegt und gewässert werden.

Zu diesem Punkt gibt es verschiedene Antworten.

Herr Rau betont, dass der **Bezirk zur Zeit nur etwa 20 % der Mittel zur Verfügung** hat, die für die Pflege notwendig sind.

Frau Mangold stellt fest, dass es ein grundsätzliches Problem gäbe, dass nämlich **die Mittel für die Grünflächenpflege bei den Bezirken nicht dort ankommen**, wo sie gebraucht werden. Der Senat stelle den Bezirken für die Pflege einen bestimmten Betrag je Quadratmeter, wobei die Flächen nach einem bestimmten Schlüssel bewertet werden (also verschiedene Pflegestufen, die sich in verschiedenen Beträgen je qm niederschlagen). Da jedoch der Bezirk einen **Pauschalhaushalt** hat, kann er die Prioritätensetzung ändern und das Geld anders einsetzen.

Dieses Pflegeproblem bewirkt, dass in letzter Zeit häufig nur Flächen gebaut werden, die nur extensive Pflege benötigen. Beispiel eher Asphalt als Belag, nicht mehr Tenne.

Auf Nachfrage nach dem **Rettungsplatz** erläutert Frau Mangold, dass es sich nicht um einen Hubschrauberlandeplatz handelt, sondern um einen Rettungsplatz für Rettungsfahrzeuge bei einer Havarie im Tunnel. Während des Planfeststellungsverfahrens ist es gelungen, den vorgesehenen Zaun um die Fläche zu verhindern. Zur Zeit ist der Rettungsplatz mit einem schwarzem Schotterbelag versehen. Es gibt aber die Möglichkeit den Belag zu ändern. Hier stellt sich die Frage, was sinnvoll wäre: Rasengittersteine oder eher eine befestigte Fläche. A. Szagun erläutert, dass das früher vorgesehene **Ausziehgleis** den Döberitzer Verbindungsweg nicht mehr zerschneidet, da es bereits auf Höhe der Häuser Heidestraße 54/55 endet.

Anwohner sprechen die zunehmende Lärmentwicklung vom **Hubschrauberlandeplatz** des Bundeswehrkrankenhauses an. Die Ansprechpartner in der Senatsverwaltung dafür sind Herr Spieß und Frau Honold (T. 9025-1324).

Auf Nachfrage von S. Torcka hatte Frau Mangold betont, dass eine **Bürgerbeteiligung** von Anwohnern erst dann Sinn mache, wenn ein Plan vorliege - man müsse ja etwas vorstellen, über das dann geredet werden könne. Heute sind die Landschaftsplaner, Bezirk und Senat zur Betroffenenratssitzung gekommen, um Wünsche vor Ort zu erfahren. Wie es mit der Bürgerbeteiligung weitergeht, ist noch nicht geklärt.

Betroffenenratsmitglieder und einige Anwohner sind der Auffassung, dass die **"Planungsgelder des SUW"** nicht für eine bereits planfestgestellte Ausgleichsmaßnahme, die das Land verpflichtet ist zu bauen, verwendet werden dürfen.

## TOP 5) Verschiedenes

### Parkraumbewirtschaftung Moabit

J. Schwenzel berichtet: es wird Anfang nächste Woche eine interne Runde zwischen Straßen- und Grünflächenamt und der Verkehrs AG geben. Die Parkraumbewirtschaftung soll eingeführt werden (dauert aber noch) für die Bereiche südlich Alt-Moabit und rund um den Hauptbahnhof bis zur Seydlitzstraße.

## **Bericht vom Sportausschuss am 27.6.**

L. Jastram berichtet:

Zum **Bürgerbegehren** zur Wiedereröffnung des Sommerbades im Poststadion hat das Rechtsamt des Bezirks festgestellt, dass die jetzt bekannte Zahl der benötigten Unterschriften von etwas über 6.000 nur dann gilt, wenn die Listen vor dem 17.9. (Wahltag) abgegeben werden. Danach müssen es mehr Unterschriften sein, wieviele ergibt sich aus den Wahlberechtigten und ist noch nicht bekannt.

Im **Ausschuss** wurde über die **Recherche von Dr. Dörner über mögliche Fördermittel** für das Sommerbad berichtet. Nach seinen Recherchen gibt es keine direkten Fördermöglichkeiten für Freibäder. Daraus resultiert, dass die Förderbarkeit im Zusammenhang mit der Konzepterarbeitung betrachtet werden muss. Herr Dörner ist bei seinen Überlegungen davon ausgegangen, dass der Bezirk Eigentümer bleibt. Drei Fördermöglichkeiten hat Herr Dr. Dörner eruiert:

- 1 Mio Euro Eigenmittel des Bezirks aus den Geldern des Grundstücksverkaufs ehem. Stadion der Weltjugend an BND + UEP-Mittel (die 2007 im Juli wieder neu aufgelegt werden- Bedingungen jetzt also noch nicht bekannt) + Lottomittel
- GA-Mittel könnten etwa 90% der Gesamtsumme betragen, zusätzlich 10% UEP-Topf Infrastrukturmitteln. Bedingung ist die Nachweisung, dass das eine gewerbliche Nutzung erfolgt.

Für den Erhalt von GA-Mittel (= Gemeinschaftsaufgabe) muss nachgewiesen werden, dass mindestens 50% der Nutzer aus einem Umkreis von weiter als 50 km entfernt kommen. Das könnte man dadurch erreichen, dass eine spezielle gesundheitliche Anlage für Allergiker geplant wird, um so den Einzugsbereich auf dem Umkreis von Berlin zu erweitern.

- PPP-Mittel (public private partnership), d.h. der Bezirk bleibt Besitzer und saniert die Anlage, Privater betreibt das Bad. Als Betreiber hat Herr Dr. Dörner die Kristallbad AG vorgeschlagen, die vornehmliche in Brandenburg tätig ist.

Zur Erläuterung:

Für L. Jastram war die **Stimmung im Ausschuss etwas frustrierend**, weil der Bezirk keine Zuschüsse für den laufenden Betrieb geben will. Bisher wurde immer sehr positiv diskutiert, aber jetzt geht es ums Geld. Anscheinend hat sich Herr Zeller in die Diskussion eingeschaltet, es wird in Zukunft auch darum gehen, was der Senat will. Denn theoretisch gibt es die Möglichkeit, dass der Senat Zuschüsse gibt. Die Berliner Bäderbetriebe (BBB) haben sich bis jetzt auf den Standpunkt gestellt, dass sie einer Übernahme des sanierten Sommerbades nur bei Kostenneutralität zustimmen würden. Und es erschien so, als ob D. Hänisch in Richtung Betreibung durch die BBB tendiert. Es gibt interne Aussagen, dass **die Bäderbetriebe einem Naturbad nicht mehr so negativ gegenüber stehen**, wie noch vor einigen Monaten.

Ein in der Anlagengröße ähnliches Freibad ist das **Naturbad in Mühlheim an der Ruhr (Styrum)**, das im Juni diesen Jahres öffnete. Es hat von allen bisherigen Naturbädern in Deutschland den am dichtesten besiedelten Einzugsbereich, der bei 50.000 EW liegt. Das Sportamt haben die Zahlen aus Mühlheim vorliegen und wollen die Entwicklung dort beobachten. Die Wasserflächen des Freibades in Mühlheim sind etwa doppelt so groß wie das im Vorentwurf für das Naturschwimmbad im Sommerbad Poststadion.

Ein Artikel aus der Westdeutschen Allgemeine vom 03.07.06 berichtet, dass das Naturbad Styrum am Sonntag geschlossen bleibt, da der aufgewirbelte Sand die Sichttiefe des Wassers beeinträchtigte. Es sollen täglich erst einmal nur 2.000 Besucher eingelassen werden.

Eigentlich ist das Bad auf 3.000 Besucher ausgelegt, es waren an den ersten Wochenenden jedoch 10.000 Besucher gekommen. Eintrittspreis 3 Euro.

**Was kann die Initiative noch tun?**

Idee von L. Jastram ist eine gemeinnützige Betreiberform zu propagieren, die Familienfreundlichkeit, sportliche und gesundheitliche Ausrichtung, Kulturevents und Umweltbildung vereinigt. D. Hänisch verfolgt die Idee Sanierungsträger als Träger anzufragen.

Es gibt für alle o.g. Bereiche genügend Träger in Berlin, das Problem ist, dass es eine übergeordnete Organisation geben müsste, die die einzelnen Trägervereine untereinander koordiniert und den Betrieb organisiert.

**TOP 6) Festlegung der Themen für die nächste Betroffenenratssitzung**

Es wurden keine Themen festgelegt.